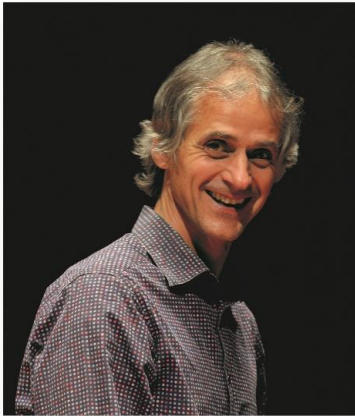


Protesttag in Deutschland

5G Protesttag - für Gesundheit und kommunale Selbstbestimmung

"Für Gesundheit statt 5G". Unter diesem Motto steht der für Samstag, den 25. Juli 2020 ausgerufenen nationale 5G Protesttag des Bündnis` 5G-freie Zukunft, welches deutschlandweit agiert und mittlerweile mehr als 300 eingetragene Bürgerinitiativen zählt. Dieses Bündnis sieht sich als dringend notwendiger Gegenpol zur massiven PRO-5G-Öffentlichkeitsarbeit der Mobilfunkindustrie, welcher sich Politik und Medien meist ungeprüft anschließen.



Markus Stockhausen (Foto: Gerhard Richter), Mitinitiator der Bürgerinitiative 5G-freies Köln und wichtiger Impulsgeber des deutschlandweiten Bündnis` 5G-freie Zukunft führt zu den Motiven des Bündnis` aus: "Die Einführung von 5G steht beispiellos für eine Entmündigung unserer Gesellschaft. (...) Ohne uns zu fragen wird eine neue Technik installiert, die das Leben aller biologischen Systeme (Mensch, Tier, Pflanze) stark beeinflussen und sehr wahrscheinlich schädigen wird, wie es jetzt – in schwächerem Maße – auch schon 3G, 4G tun. Hier wird so massiv wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit in die Privatsphäre des Menschen und die Natur eingegriffen.

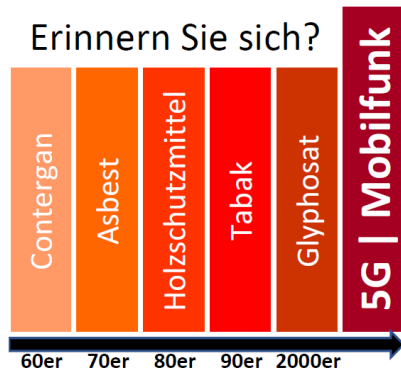
Richtig wäre es, die Bürger abstimmen zu lassen, ob sie in ihrer Gemeinde /Stadt diese alles durchdringende – und kontrollierende – Technik haben wollen. Besonders Kinder, Alte und Schwache, sowie sensible Menschen sind betroffen. Das bestätigt sogar das BfS (Bundesamt für Strahlenschutz)."

Die Bürgerinitiativen arbeiten lokal an der Aufklärung der Menschen ihrer Region und leisten damit wichtige Basisarbeit. Sie klären darüber auf, die Menschen für ihre Gesundheit die Exposition gegenüber Funkstrahlung vermindern können. In vielen Geräten sind beispielsweise heute WLAN-Module versteckt, die automatisch funken, auch wenn sie nicht benutzt werden – teilweise nicht einmal abstellbar wie bei SMART-Fernsehern. Auch DECT-Telefone senden permanent starke Feldstärken aus. Dabei gibt es die gesünderen ECO-DECT-Telefone, die im Standby-Betrieb keine Strahlung aussenden.

Für ihre Arbeit nutzen sie die wissenschaftlichen Ausarbeitungen unabhängiger Forscher, welche bspw. durch die Diagnose Funk, eine Umwelt- und Verbraucherorganisation, die sich für den Schutz vor elektromagnetischer Strahlung einsetzt, oder durch die Kompetenzinitiative, die sich für einen zeitgemäßen Gesundheits- und Umweltschutz vor allem auf dem Gebiet des Mobil- und Kommunikationsfunks engagiert, zur Verfügung gestellt werden. Die Interessen der Bürgerinitiativen sind demnach wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht diffusen Ängsten

geschuldet.

Das Argument der diffusen Ängste ist in der Regel das meistgenannte der finanzstarken Mobilfunkindustrie, welche in gesundheitlicher Gedankenlosigkeit mittels großflächiger Medienkampagnen um die Gunst der Konsumenten buhlt, erklärt Nicole Wolf, Initiatorin des Bündnis`. Nicht umsonst herrscht in der unaufgeklärten Bevölkerung die Meinung vor, dass Mobilfunkstrahlung dem Menschen nichts anhaben könne, das hätten schließlich zahlreiche wissenschaftliche Studien belegt. Dass jedoch noch viel mehr Studien sehr wohl weitreichende gesundheitliche Folgen belegen, wird gern ausgelassen.



SKANDALE

Die Bevölkerung vergesse offenbar recht schnell die Industrieskandale der Vergangenheit, auch wenn die Parallelen, insbesondere der Umgang mit kritischen Wissenschaftlern enorm sind. Contergan in den 60ern, Asbest in den 70ern, Holzschutzmittel in den 80ern, Tabak in den 90ern, Glyphosat aktuell. Leider hat es damals sehr lange gedauert, bis die wissenschaftlichen Erkenntnisse akzeptiert und in Verbote umgewandelt wurden. Sind wir diesmal intelligenter und stoppen 5G, das IoT und den gedankenlosen Umgang mit Mobilfunk aus Vorsorgegründen?

Der Umgang mit dem Thema Mobilfunk soll nicht die Blaupause dieser Skandale aus der Vergangenheit werden. (Grafik: Nicole Wolf)

Besonders im Umgang mit der Lokalpolitik sehen sich die Bürgerinitiativen oftmals Mandatsträgern gegenüber, welche sich meist demütig hinter den Entscheidungen Brüssels und Berlins verbarrikadieren und auf Bundesbehörden zum Schutz der Bevölkerung, wie bspw. das BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) verweisen. Dass die diese Behörden beratenden Kommissionen wie die Strahlenschutzkommission auf nationaler und die ICNIRP auf internationaler Ebene eng mit der Mobilfunkindustrie verwoben sind, hat bereits ein Rechercheteam von Investigate Europe herausgefunden. Erschienen sind diese ungesunden Verflechtungen bereits im Januar 2019 im Tagesspiegel. (1) Lehren wurden daraus noch nicht gezogen, beklagt das Bündnis.

Das BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) sollte sich in Anbetracht dessen recht schnell regelmäßig Rat bei von der Mobilfunkindustrie unabhängigen Forscherverbänden einholen, welche zu absolut gegenteiligen Ergebnissen kommen. Umso mehr überraschte die Aussage von Frau Paulini, der Präsidentin des BfS in Salzgitter, am 15. Juli 2020 in der Braunschweiger Zeitung: "Ja, es gibt eine öffentliche Diskussion über dieses Thema. Aber in der Wissenschaft wird diese Debatte so nicht geführt. Die Forscher, die sich mit Strahlung durch Mobilfunk auskennen, sind sich in ihrer Risikobewertung in allergrößten Teilen einig."

Die Bürgerinitiativen halten diese Aussage für gewagt. Frau Paulini wird dies mit Zahlen, Daten,

Fakten belegen und darlegen müssen, von welchen Forschern sie in ihrer Aussage sprach und welche sie ausklammerte. Spätestens dann wird zutage gefördert, auf welchem einseitigem Forschungsstand sich das Bundesumweltministerium (BMU), beraten vom BfS, stützt. 48% der Deutschen sind gegen den Aufbau von Mobilfunksendemasten, das war das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von Bitkom (3). Kommunen sehen sich oftmals dem Druck ihrer Einwohner ausgesetzt und sind meist von ihrer Ohnmacht gegen den Mobilfunkausbau überzeugt. Ganz im Gegenteil, sie haben sehr wohl Einflussmöglichkeiten. Die Bürgerinitiativen machen dafür auf sich aufmerksam und suchen wiederholt das Gespräch mit den Mandatsträgern ihrer Kommunen, um diese gemeinsam herauszuarbeiten.

Anlässlich des 5G-Protesttages gibt es viele unterschiedliche Veranstaltungen in vielen Regionen. Kundgebungen, Infostände, Offene Briefe an Kommunalvertreter, Pressemitteilungen, Bündnisbekundungen. Die politische und mediale Aufmerksamkeit, die die finanzstarke Mobilfunkindustrie mittels Kampagnen und Lobbyarbeit erhält, erarbeiten sich die redlichen Bürgerinitiativen durch ihre ehrenamtliche Arbeit. Es ist höchste Zeit, ihnen und ihren fundierten Argumenten mindestens die gleiche Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Protesttag kann hier verfolgt werden: <https://news-buendnis-5g-frei.atlassian.net/wiki/spaces/PUBLIC/overview>.

Quellen:

(1) <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mobilfunk-wie-gesundheitsschaedlich-ist-5g-wirklich/23852384.html>

(2) <https://www.braunschweiger-zeitung.de/mitreden/antworten/article217088733/Grenzwerte-fuer-5G-und-E-Mobilitaet-reichen-voellig-aus.html>

(3) <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Studie-zur-Akzeptanz-von-Mobilfunkmasten>